

Edgar Wolfrum

## Die Zivilgesellschaft – ein Erbe von 1989?

Ich möchte das Thema in drei Schritten diskutieren: Erstens werde ich auf die Unterschiede von Zivilgesellschaft im Osten und im Westen 1989 hinweisen – hier Revolution, dort Revolutionsersatz, so meine These. Zweitens werde ich aus westlicher Sicht auf die Folgen von 1989 eingehen und die Meinung vertreten, dass der westdeutsche Verfassungspatriotismus und die Bürgergesellschaft durch die Wiedervereinigung madig gemacht wurden. Und drittens werde ich der Frage nachgehen, wie es um die Zivilgesellschaft heute bestellt ist und ob sie ein Zaubertrank für Ostdeutschland sein kann. Dabei muss ich Wasser in den an sich guten Wein gießen.

### Revolution und Revolutionsersatz – Zivilgesellschaft in Ost und West

Eines scheint sicher: Durch 1989 hat das Thema Zivilgesellschaft wieder eine erstaunliche Renaissance erfahren, im Osten wie im Westen. Es waren die Oppositionsbewegungen in Ostmitteleuropa, die seit den 1980er Jahren solchen Vorstellungen neue Aufmerksamkeit beschert haben: Als politischer Zentralbegriff signalisierte „Zivilgesellschaft“ Opposition von unten, weil er die Sphäre der politischen Gesellschaft, die Sphäre der Selbstorganisation, gegen einen totalitären oder autoritären Staat in Stellung brachte. Erinnern wir uns an die Labels und Motti: „Samtene Revolution“, „Singende Revolution“, „Bürgerfrühling“, „Wir sind ein Volk“ – solche Zitate signalisieren noch heute die Wucht, die in den weltgeschichtlichen Ereignissen 1989 steckten. Mutige Menschen, die Risiken eingingen, wurden über Nacht zu Akteuren des Wandels. Häufig waren sie selbst überrascht. Die Welt wurde in Atem gehalten. Zum Wahrzeichen der Epochenwende wurde nicht Krieg oder Blut, sondern der „Runde Tisch“. Deshalb war es nicht abwegig zu hoffen, dass aus diesen friedlichen Revolutionen auch eine zivile Gesellschaft hervorgehen würde. In kleinen Dosierungen – und von Land zu Land je unterschiedlich – waren Vor-

formen in den Jahrzehnten zuvor eingeübt worden, vor allem Polen hatte eine ausgeprägte Untergrundgesellschaft. Die positiv konnotierte Zivilgesellschaft lebte seit den 1980er Jahren als Schlüsselbegriff der Kritik ostmitteleuropäischer Dissidenten an Parteiherrschaft und diktatorischer Herrschaft wieder auf.<sup>1</sup> Dabei wurde Zivilgesellschaft oftmals zur „letzten Ideologie“, zum „Banner, um das sich die Intelligenz scharte, die weder die westliche Demokratie noch den realen Sozialismus erstrebenswert fand“.<sup>2</sup> Einprägsame Erlebnisse des Missbrauchs von Macht – so vor allem die Erfahrung der Niederschlagung des Prager Frühlings – katapultierten das Individuum ins Zentrum eines neuen Bezugspunktes oppositionellen Denkens. Dissidenten verlangten die individuelle Entscheidung, „in der Wahrheit zu leben“, und weigerten sich, den allumfassenden Anspruch des Staates zu akzeptieren.<sup>3</sup> Die Doppeldeutigkeit des Begriffes „zivil“ kam bei dieser Selbstbefreiung des Individuums aus der durchherrschten Gesellschaft zum Ausdruck: Zum einen stand er für „zivilisiert“ im Sinne authentisch menschlicher Wesenszüge, von denen das Individuum durch den lebensfernen Staat entfremdet war; zum anderen beinhaltete „zivil“ die Bedeutung von „nicht-staatlich“. Zivilgesellschaft wurde also mit großen Visionen bestückt; mittlerweile sind sie im ehemaligen Ostblock reichlich demontiert worden.<sup>4</sup>

Die Aktionsformen des Umbruchs, gerade auch in Ostdeutschland, erscheinen heute wie weggespült. Sie konnten die neue Ordnung nicht in ihren Fundamenten verankern. Dafür war die Wucht der westdeutschen Institutionen zu stark. Und es fehlte die sozioökonomische Basis. Kulturelle Eliten und Akteure konnten bravourös gegen die Diktatur aufbegehren, aber sie waren außer Stande, wirtschaftliche Alternativen einzupflanzen. Zu den Hinterlassenschaften der überwundenen Ordnungen zählten kostspielige Altlasten und zusammengebrochene Ökonomien. „Nicht die

1 Jürgen Kocka, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Ralph Jessen/Sven Reichardt/Ansgar Klein (Hrsg.), *Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2004, S. 29-42, hier S. 30 f.

2 Klaus von Beyme, Die Zivilgesellschaft als letzte Ideologie der Intelligencija in Osteuropa, in: *Politik – Verfassung – Gesellschaft. Traditionslinien und Entwicklungsperspektiven*. FS für Otwin Massing, Baden-Baden 1995, S. 161-177, hier S. 164.

3 Charles S. Maier, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*. Frankfurt/M. 1999, S. 299.

4 Dazu Wolfgang Eichwede, Widersprüche in der Rekonstruktion von Bürgergesellschaft in Osteuropa, in: Hella Mandt (Hrsg.), *Die Zukunft der Bürgergesellschaft in Europa*, Baden-Baden 1994, S. 11-26.

spitze Feder und das geschliffene Wort, sondern Kompetenz und Kalkül des Unternehmers waren fortan gefragt.“<sup>5</sup>

Alles war nicht neu, im Gegenteil: „Zivilgesellschaft“ ist ein altes Konzept. Man hatte es zuvor schon seit langem im Westen gekannt. Es ist ein Bereich zwischen Staat, Markt und Familie. Ein Zwischengebilde. Seine Prinzipien sind: Selbstorganisation, Freiwilligkeit, Teilhabe und Gemeinwohlorientierung, keine Ausrichtung auf materiellen Gewinn, Gemeinsinn als Handlungskonzept. Man muss dabei nicht nur an die amerikanische Bürgerrechtsbewegung der 1960er Jahre oder an die Neuen sozialen Bewegungen vor allem in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren denken – die Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung, die zahlreichen Bürgerinitiativen –, sondern an Sportvereine, an den religiösen Bereich, an die freiwillige Feuerwehr, an Wohlfahrtsverbände, Stiftungen und so weiter und so fort. In einer solchen organisationssoziologischen Perspektive sind zivilgesellschaftliche Organisationen Non-Profit-Organisationen. Das Motiv ihres Zusammenschlusses ist also nicht die Gewinnmaximierung wie bei normalen Wirtschaftsunternehmen; und sie sind auch nicht gekennzeichnet durch amtliche Hierarchien wie staatliche Verwaltungen.<sup>6</sup> In politologischen Transformationstheorien der 1990er Jahre kam das Konzept wieder zu neuen Ehren; zuvor war es länger bereits in der internationalen Entwicklungspolitik debattiert worden.

Der Clou 1989/90 war nun, dass der Begriff Zivilgesellschaft – obwohl im Westen altbekannt – deshalb so emphatisch wieder aufgenommen wurde, weil er als Revolutionsersatz dienen konnte. Man hatte im Westen ja keine Revolution erlebt oder gar gemacht, war Zuschauer gewesen, nicht Akteur. Zivilgesellschaft, dieses Zauberwort, versprach, dem weltweit sich entfaltenden Kapitalismus etwas entgegensetzen zu können. Kapitalismuskritik schwang im Begriff immer schon mit: Bürgerin-

5 Ebda, S. 16. Siehe auch Konrad H. Jarausch, Aufbruch der Zivilgesellschaft. Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989. Vortrag, gehalten auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Wissenschaftszentrums in Berlin, 28.10.2004. Gesprächskreis Geschichte, hg. von Dieter Dowe, Bonn 2004. Umfassend Ilko Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009; Erhardt Neubert, Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008.

6 Michael Cohen/Andrew Arato, Civil Society and Political Theory, Cambridge 1990; Forschungsjournal „Neue soziale Bewegungen“, Heft 1 (1994): Zivilgesellschaft und Demokratie; Ansgar Klein, Der Diskurs der Zivilgesellschaft, Opladen 2001; Micha Brumlik, Was heißt „Zivile Gesellschaft“? Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 36 (1991), S. 987-993; in weiterer historischer Perspektive: Utz Haltern, Die Gesellschaft der Bürger, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 100-134.

nen und Bürger, die sich zivilgesellschaftlich verständigen, setzen der Wettbewerbsorientierung und der Optimierung des egoistischen Nutzens etwas entgegen. Natürlich war der Begriff nie unumstritten, er wurde mit unterschiedlichen Hoffnungen aller möglichen politischen Gruppen unterlegt. Es war und ist ein Konzept im Richtungskampf. Viele benutzten ihn zur Selbstbeschreibung. Im Sinne von Tocqueville, der dies bereits vor 150 Jahren beschrieben hatte, bilden Organisationen, die weder staatlich waren, noch als Unternehmen auftraten, den Humus der Demokratie. Eine Vielzahl von Vereinen und freiwilligen Assoziationen sind das Herzstück der Demokratie. Es sind Bürger, die sich engagieren und damit Bürgersinn beweisen. Bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Organisationen sind die Produktionsstätten von Sozialkapital; sie bilden Netzwerke, gründen Vertrauen, liefern Impulse in die Gesellschaft hinein.

f

## Verfassungspatriotismus adieu – Die Folgen von 1989

Alles das, was gerade umrissen wurde, hat es in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren gegeben.<sup>7</sup> Schon deshalb wäre es einseitig zu sagen, die Zivilgesellschaft sei ein Erbe von 1989. Doch womöglich ist der Befund noch viel schlimmer. Denn mit Blick auf Zivilgesellschaft bedeutete Wiedervereinigung offenbar nichts Gutes: Im Jahr 1991 konnte das Statistische Bundesamt nur 17% Bundesbürger identifizieren, die ehrenamtlich tätig waren. Da eine europäische Studie, die in verschiedenen europäischen Ländern erhoben wurde, um dieselbe Zeit mit 18% nicht nur zu einer ähnlich niedrigen Größe kam, sondern mit Deutschland vergleichbare Länder zum Teil weitaus höhere Zahlen boten, kam die Vermutung auf, in Deutschland gäbe es ein „Engagementdefizit“ – als Folge der Wiedervereinigung und der Untertanenmentalität im Osten. Schnell waren Erklärungen parat für diese vermeintlich negative Sonderrolle einer um sich greifenden Flucht der Bevölkerung aus der Verantwortung: Es passte alles offenbar trefflich in jenes Negativbild der deutschen Mentalitätsverfassung, das mit der überall hörbaren Klage vom Werteverfall zusammenhing. „Ellenbogengesellschaft“ und „Egogesellschaft“ lauteten die Stichworte. Eine sechs Jahre später, 1997, erhobene Datenbasis widerlegte diesen Befund allerdings und kam zu dem Ergebnis, dass 38% der

<sup>7</sup> Rucht, Dieter, Modernisierung und Neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt 1994.

Bundesbürger in der einen oder anderen Weise engagiert seien. Die Rede ist nun von einem „kooperativen Individualismus“ (auch dies ein alter Begriff von Emile Durckheim) als realer Trend des Wertewandels.<sup>8</sup>

An der Spitze der Beliebtheitskala standen und stehen Sport und Bewegung, Geselligkeit, Kultur und Musik. Den neuen Bundesländern eignete eine Sonderentwicklung: Nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit lösten sich die bis dahin bestehenden Engagementstrukturen sozialistischer Prägung auf mit der Folge, dass das Engagement zunächst schlagartig absank. Dazu später mehr. Werfen wir erst einen Blick auf Westdeutschland 1989. Es war ja nicht so, dass sich 1990 ein restaurativer Westen mit einem fortschrittlichen Osten vereinigt hätte.

Die enormen Wandlungsprozesse der Deutschen von 1945 bis heute – innerhalb von nur 60 Jahren, eine kurze Zeit in der Weltgeschichte – sind erstaunlich. Das Aufregende an der Geschichte der Bundesrepublik ist, dass die Katastrophe ausblieb und dass dieser Staat zu einer der stabilsten und angesehensten westlichen Demokratien geworden ist. Im Ausland versteht man den deutschen Jammer nicht. Nach einer weltweiten Umfrage der BBC, durchgeführt in 21 Ländern, nimmt die Bundesrepublik den Spitzenplatz im Ranking der großen Staaten ein. Die einfache Frage war, ob der Einfluss des jeweiligen Landes in der Welt vom Befragten eher positiv oder eher negativ beurteilt wird. 61% fanden Deutschlands Einfluss positiv. Dies ist nach zwei Weltkriegen, der NS-Diktatur und dem Zivilisationsbruch des Holocaust mehr als bemerkenswert. Fremd- und Eigenperspektive liegen meilenweit auseinander.<sup>9</sup>

Was die alte Bundesrepublik trotz aller Krisen hatte, waren: Zukunftslust, Zukunftsgewissheit, gepaart mit dem Bewusstsein, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern immer neu errungen werden muss – daraus entstanden in den siebziger Jahren massiv die neuen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen. Es scheint, als seien die heute abhanden gekommen.

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik wurde 1990 zum Problem:<sup>10</sup> Man dachte, die deutsche Einheit aus der Portokasse bezahlen zu können und im Handumdrehen blühende Landschaften zu schaffen. Verzichtet

8 Alle Zahlen aus der jetzt vorliegenden Auswertung des 2. Freiwilligensurveys, die den Zeitraum von 1999 bis 2004 umfasst: Thomas Gensicke u.a., Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde, hrsg. vom Bundesverkehrsministerium, Wiesbaden 2009.

9 Vgl. Edgar Wolfrum, Die Bundesrepublik Deutschland – trotz allem geglückt?, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 60 (2009), S. 468-477.

10 Dazu Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.

wurde auf eine nationale Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede. Die Deutschen hatten mehr Glück als Vaterlandsliebe – und die Folgen erkennen wir heute.

1989 war eine erfolgreiche Revolution, ein dramatischer Prozess der Selbstbefreiung. Was bringt es, die DDR in Watte zu packen? Krippenplätze sind kein Maßstab zur Bewertung einer Diktatur, sondern Repression, Schießbefehl und politische Justiz. Die ostdeutsche Geschichte ist außerdem kein Eigentum der Ostdeutschen. Ostdeutsche wie Westdeutsche pflegen die Nostalgie ihrer Eigenstaatlichkeit. Es ist regelrecht deprimierend, wenn auch 20 Jahre nach dem Mauerfall die kleinen realsozialistischen Nettigkeiten oder die Polikliniken (die längst nicht so gut waren wie ihr posthumer Ruf), das stille Glück im privaten Winkel gegen den Zwangscharakter der Diktatur, gegen Repression und politische Justiz, gegen Mauer und Stacheldraht ins Feld geführt werden. Humane Alltagsaushilfen können nicht als Zeugen gegen die Inhumanität des Systems bemüht werden.<sup>11</sup>

Die Ostdeutschen haben in einer Diktatur gelebt, aber das heißt doch nicht, dass sie Diktatoren waren oder das System liebten. Der Gegensatz zwischen den Lebensläufen der Menschen und dem Unrechtsstaat ist ebenso richtig, wie banal, wie er auf eine falsche Fährte führt. Denn es ist ja so, dass die Lebensleistung vieler Ostdeutscher deshalb so groß und respektabel ist, weil sie eine Diktatur zum Einsturz brachten und keinen kommoden Fürsorgestaat. Es war ein Akt der Selbstbefreiung. Ein Durchbruch zur Freiheit. Klipp und klar zu sagen, dass die DDR eine Diktatur war, vergrößert geradezu die Lebensleistung der Ostdeutschen, denen das unverschuldete Glück des Westens nicht beschert war.

Es gibt heute zuviel falsch verstandene Integration, die am Ende in Geschichtsklitterung mündet und langfristig – siehe Spanien nach der Überwindung der Franco-Diktatur 1975 – umso heftigere Vergangenheitskonvulsionen hervorrufen wird.<sup>12</sup> Dass es Alltagsleben und Normalität in der Diktatur gab, ist eine pure Selbstverständlichkeit. Menschen leben immer, zu allen Zeiten, in jeder Gesellschaftsform und sie suchen immer ihr Glück.

11 Ausführlicher: Edgar Wolfrum, Mauerstaat und Unrechtsstaat, in: Ulrike Ackermann (Hrsg.), Freiheit in der Krise? Der Wert der wirtschaftlichen, politischen und individuellen Freiheit, Frankfurt/M. 2009, S. 75-93.

12 Xosé-Manoel Nunez, Zwischen Gedächtnis und Politik: Die spanische Zivilgesellschaft und die Aufarbeitung der franquistischen Diktatur, in: Katrin Hammerstein u.a. (Hrsg.), Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, Göttingen 2009, S. 60-174.

Und bitte auch dies: Ehrlichkeit tut not. Wir dürfen nicht so tun, als hätten sich 1990 Gleichrangige vereint. Natürlich gab es Asymmetrien: Ein kleines Land und ein großes Land. 63 Millionen, 16 Millionen. Vor allem: Die historische Asymmetrie ist auch normativ vorhanden. Es geht um Demokratie und Diktatur. Man darf sich nicht in eine Scheinobjektivität begeben. Diese führt zu einer katastrophalen Äquidistanz zu Demokratie und Diktatur. Die DDR litt nicht nur an einem Demokratiedefizit.

Anders als der Weimarer Republik war Bonn viel Zeit zum Lernen vergönnt. So wurde die Bundesrepublik zu einer lernenden Demokratie, und die Lernprozesse sind das Entscheidende des Erfolges. Aus defensiven Demokraten wurden offensive. Wie man es auch dreht und wendet: Niemals in der deutschen Geschichte hatte es einen Staat gegeben, der den Ansprüchen der Menschen nach Freiheit in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit in derart bemerkenswerter Art und Weise gerecht zu werden vermochte. Die Bundesrepublik war der wichtigste Durchbruch zur Demokratie in Deutschland.<sup>13</sup> Die Bundesrepublik war und ist eine reformfähige Wohlstandsgesellschaft wie nur wenige in der Welt. In schwierigen Zeiten hat sie und haben die Deutschen bisher nach innen wie nach außen die Balance gewahrt. Reformen beruhten auf Vertrauen. Es gab und gibt eine Politik des mittleren Weges. Die Staatstätigkeit der Bundesrepublik und ihre Politikresultate, insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, unterscheiden sich nach wie vor von denjenigen anderer Industriestaaten. Und zwar dadurch, dass sie sich zwischen zwei Polen bewegen – zwischen dem nordeuropäischen Wohlfahrtskapitalismus und dem nordamerikanischen marktorientierten Kapitalismus. Das ist der „mittlere Weg“.<sup>14</sup>

Das Deutschland im Westen entwickelte sich zu einem zivilisierten Staat. Seine Kennzeichen waren Friedfertigkeit, Postnationalismus, soziale Marktwirtschaft und das Recht. Ein Verfassungspatriotismus – von dem heute nicht mehr viel übrig ist – wuchs in den siebziger Jahren. In dieser freiheitlichen Gesellschaft bildete sich etwas Wichtiges aus: eine Art Zivilisierungsprozess. Nicht, weil die Menschen anders, sondern weil die Strukturen anders waren, gestaltete sich dieser Prozess mächtiger als in der DDR.

13 Dazu Edgar Wolfrum, Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 32008.

14 Manfred G. Schmidt, Die Politik des mittleren Weges. Besonderheiten der Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/10 1990, S. 23-31.

## Zaubertrank für Ostdeutschland? – Die Zivilgesellschaft

Kaum ein Politiker, der heute nicht das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern loben würde. Im Dezember 1999 hat der 14. Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eingesetzt und diese zielte nicht allein auf eine Bestandsaufnahme, sondern sollte konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung entwickeln. Ein Grund dafür war auch, dass die Freiwilligen-Surveys von 1999 gezeigt haben, dass das bürgerschaftliche Engagement in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ausgeprägt war. Die Engagementquoten – Engagierte bezogen auf die Wohnbevölkerung über 14 Jahre – in den einzelnen Bundesländern schwankten erheblich, sie reichten von 24% in Berlin als unterster Wert bis zu 40% in Baden-Württemberg als oberster Wert. Sämtliche alte Bundesländer rangierten im oberen Bereich, sämtliche neue Bundesländer im unteren.<sup>15</sup>

Gibt es bürgergesellschaftliche Förderfaktoren der Vereinigung? War es 1989/90 nicht nur ein kurzes Aufflackern des Kometen „Zivilgesellschaft“, der rasch wieder verglühte, weil sich herausstellte, dass die materiellen Sorgen zu groß waren?<sup>16</sup> Wie viel Zeit benötigt die Entwicklung einer Zivilgesellschaft? Und wie viel materiellen Wohlstand? Was ist von der Risikobereitschaft, den Umbruchserfahrungen, dem Staatsmisstrauen geblieben? Hat es anderen Werten Platz gemacht, einem Etatismus, der Vorstellung, Ruhe sei die erste Bürgerpflicht, einem geringen öffentlichen Engagement (außer vielleicht im Sport)?

Die vorherrschende These spricht hinsichtlich des Ostens von einer „zögernden Ankunft im Westen“. Das ist allein deshalb schon ziemlich problematisch, weil andere Wege damit ausgeschlossen werden. Nicht um einen Aufbau Ost geht es in dieser Sicht, sondern um einen Nachbau West. Der unerwartet schwierige Wandlungsprozess in den neuen Bundesländern sei im Wesentlichen auf eine historisch gewachsene mentale Disposition der Menschen zurückzuführen, die man auf den Begriff der „eigensinnigen Modernisierungsresistenz“ bringen könne. In der DDR habe ein eigentümliches, abgehangenes, ja verzopftes „deutsches Erbe“ überdauert, man habe es – im Vergleich zum Westen – mit einer „verspä-

<sup>15</sup> Gensicke u.a., Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland.

<sup>16</sup> Dieter Rucht, Deutsche Vereinigung und Demokratisierung. Zum Scheitern der Bürgerbewegung, in: Lars von Clausen (Hrsg.), Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995, Frankfurt/M./New York 1996, S. 459-472.

teten Gesellschaft“ zu tun, die von Modernisierungs- und Aufklärungsprozessen abgeschottet worden war.<sup>17</sup>

Die Sozialisation in der DDR, die so anders war als diejenige in der Bundesrepublik, wird damit für die heutigen Einstellungen verantwortlich gemacht: Dort Versorgungsmentalität, hier marktorientiertes Verhalten; dort Harmoniesüchtigkeit und Gemeinschaftsbezug, hier Eigeninitiative und Leistungsdenken. Die Ostdeutschen orientierten sich am Kollektiv, die Westdeutschen am Ich; die Ostdeutschen neigten zu einer versorgungsbezogenen Gerechtigkeitsvorstellung – „jedem nach seinen Bedürfnissen“ – die Westdeutschen bevorzugten eine leistungsbezogene Verteilungsgerechtigkeit – „jeder nach seinen Fähigkeiten“. Im Osten seien die Menschen staatsfixiert, im Westen hingegen obrigkeitskritisch.<sup>18</sup> Geht man davon aus, dass die beschriebenen Haltungen auf die erwähnten sozialisatorischen Einflüsse zurückzuführen sind, hat dies gravierende Konsequenzen: Es würde sich dann um eine tiefe Verinnerlichung handeln, und dass sich in naher Zukunft etwas ändern könnte, wäre nahezu ausgeschlossen. Andere Soziologen führen die Kritik der Ostdeutschen am Westen nicht auf sozialisatorische Prägungen zurück, sondern auf situative Einflüsse, nämlich auf die enttäuschenden Erfahrungen, die viele im wiedervereinigten Deutschland machen mussten. Der „Vorteil“ dieser Interpretation liegt auf der Hand: Sie unterstellt, dass sich mit dem Wandel der Bedingungen auch die Haltungen der Menschen rasch ändern könnten.

Tatsächlich wurde der Anschluss an das westliche System 1989/90 von den meisten Ostdeutschen gefeiert. Doch auf die großen Erwartungen und Versprechungen folgten bald Ernüchterung und Enttäuschungen: Der Wirtschaftsaufschwung wie in den bundesdeutschen „Wunderjahren“ des 1950er Jahrzehnts blieb aus; statt „blühender Landschaften“ sah man deindustrialisierte Landstriche. Die Arbeitslosigkeit stieg auf das Doppelte des westdeutschen Niveaus, was den Eindruck der Unterprivilegierung nährte. „Die so Unterlegenen schrieben sich freilich Qualitäten zu, die sie den arroganten Besserwissern aus dem Westen absprechen und sie ihnen wieder überlegen machen: Qualitäten der Menschlichkeit, der Wärme und der Solidarität.“<sup>19</sup>

17 Peter Alheit u.a., *Die zögernde Ankunft im Westen. Biographien und Mentalitäten in Ostdeutschland*, Frankfurt 2004.

18 Wolfgang Schluchter, *Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang*, Frankfurt a.M. 1996, S. 35, S. 48.

19 Detlef Pollack, *Das geteilte Bewusstsein. Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und zur Demokratie in Ost- und Westdeutschland 1990-1998*, in: Rudolf Czada u.a. (Hrsg.),

Die Entwicklung von Maßnahmen, Instrumenten und Institutionen zur Förderung bürgergesellschaftlichen Engagements wurde durch das von den Vereinten Nationen ausgerufenen „Internationale Jahr der Freiwilligen“ 2001 erheblich beschleunigt. Seither hat sich ein neues Querschnittspolitikfeld ausgebildet, die sogenannte „Engagementpolitik“. Nun kann der Ruf nach Zivilgesellschaft von vielen Seiten erschallen. Nicht alle speisen sich aus hehren demokratiethoretischen Hoffnungen. Klar ist: Ohne aktive Bürger verkümmert jede Demokratie. Zivilgesellschaft kann indessen auch gefordert werden, um Staatsversagen zu kompensieren, wenn die Steuerungs- und Interventionsfähigkeit des Staates schwindet; ebenso kann ein Versagen des Marktes durch Leistungen aus der Bürgergesellschaft ausgeglichen werden. Durch bürgergesellschaftliches Engagement soll mehr Partizipation erreicht werden, soll die Gesellschaft zusammengehalten werden, sollen Bürgerinnen und Bürger in den Arbeitsmarkt integriert werden, sollen Schulen in ihren Leistungen verbessert werden, soll allgemein Bürgersinn erhöht werden.

Man erkennt schnell: Eine ungeheure Überfrachtung. Zivilgesellschaft scheitert auch an Überforderungen, an zu großen Erwartungen. Alle werden sie von der traditionellen Politik und deren Institutionen formuliert. Häufig ertönt dabei auch die Melodie des Sozialkonservatismus. Fragil ist das Gebilde Zivilgesellschaft deshalb, weil es quer liegt zu allen Tendenzen der Professionalisierung, Spezialisierung und gesellschaftlicher Differenzierung. Der Vorwurf des Dilettantismus ist dann nicht weit und wird immer wieder ausgespielt – das war auch mit Blick auf die Revolutionäre in der DDR so. Bürgerbewegungen, Freiwillige und Engagierte wurden, nachdem die Einheit im westlichen Sinne geregelt war, und werden heute schnell zu störenden Elementen in professionellen Abläufen, zum „Sand im Getriebe“.

Es fließt viel staatliches Geld in eine „Engagementpolitik“, vor allem, seit die Vereinten Nationen 2001 das „Internationale Jahr der Freiwilligen“ ausgerufen haben. Auffällig in Deutschland ist – und dies dürfte ein Erbe des Etatismus sein –, dass zivilgesellschaftliche Organisationen oftmals vom Bundeshaushalt oder von den Länderhaushalten finanziert werden. Der Staat ist nicht selten Geburtshelfer. Damit stellt sich die Frage, wie man die Mittel verteilt, ohne die Zivilgesellschaft der jeweiligen politischen Führung auszuliefern, welche über diese Mittel verfügt. Zivilgesellschaft sollte eigentlich nicht bequem sein, denn, was häufig verges-

---

Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre deutsche Einheit, Opladen 2000, S. 281-307, hier S. 302.

sen wird, sie bedeutet auch Konfliktgesellschaft – eine Gesellschaft, in der es unterschiedliche Interessen, eigennützige Kräfte, widersprüchliche Konzeptionen und Prinzipien gibt.

Wie ist der aktuelle Stand der Dinge?<sup>20</sup> 23,4 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich. Der Anteil der Engagierten in Ostdeutschland steigt kontinuierlich, aber regional unterschiedlich. Im Osten findet eine Verstärkung, im Westen eine „Verländlichung“ des bürgergesellschaftlichen Engagements statt. In Ostdeutschland hat sich die Zivilgesellschaft nach der Wende kräftig und flächendeckend entwickelt; der positive Trend fällt vor allem im Vergleich mit den ehemaligen sozialistischen Bruderländern auf. Es gibt Unterschiede zu Zugang und Zugangsweisen, die man typischerweise vom Westen kennt. Dennoch sieht man insgesamt weitgehend ähnliche Muster. Das hängt mit dem weitgehend einheitlichen Institutionen- und Organisationsrahmen der gesamtdeutschen Zivilgesellschaft zusammen. Der oft kritisch beurteilte Institutionen-transfer unterstützt eine gesamtdeutsche kulturelle und zivilgesellschaftliche Homogenität, die aus der Trennung resultierende Unterschiede überlagert und abschwächt. Das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewachsene westdeutsche Gesellschafts- und Kulturmodell wurde auf Ostdeutschland übertragen und drückt mit seinen überlieferten Traditionen wie seinen modernisierten Formen der Situation in Ostdeutschland den Stempel auf.

Männer haben einen stärkeren Zugang zur Zivilgesellschaft als Frauen – dies hängt mit der Doppelbelastung der Frauen zusammen. Vor allem zwei Bereiche waren in Ostdeutschland seit 1990 besonders expansiv: die Bereiche „Soziales“ sowie „Religion und Kirche“. Kirchen stellen eine flächendeckende Infrastruktur zur Verfügung, die Gelegenheiten zu Kommunikation und teilnehmender Aktivität bietet. Weniger gewachsen sind die Bereiche „Berufliche Interessenvertretung“ und „Politische Interessenvertretung“.

Im Jahr 2004 waren 37% Westdeutsche und 31% Ostdeutsche zivilgesellschaftlich aktiv. Im Westen gibt es einen Zusammenhang zwischen sozialem Kapital und Zivilgesellschaft; dieses Muster findet sich im Osten nicht. Die Zufriedenheit mit dem politischen System, mit dem Funktionieren der Demokratie und das Vertrauen in öffentliche Institutionen sind im Osten deutlich geringer als im Westen. Die ostdeutsche Gesellschaft hat allein schon aus demographischen Gründen Probleme, zivilgesellschaftliches Engagement in der Größenordnung des Westens zu erreichen.

20 Gensicke u.a., Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland.

Das größte Problem in Ostdeutschland – neben der angespannten ökonomischen Lage – ist das Phänomen des Kulturbruchs. Die vorhandenen Strukturen waren in Ostdeutschland für eine Zivilgesellschaft weniger günstig als im Westen: Die Anbindung des freiwilligen Engagements in der DDR war eine andere als in der BRD. Die Infrastruktur wurde über die großen Betriebe und Großorganisationen geprägt – ein Typ von organisatorischer Infrastruktur, den es heute kaum noch gibt. Die Anbindung freiwilligen Engagements folgt im Osten viel weniger als im Westen dem Wohnortprinzip. Insgesamt ist ein Motivwandel im zivilgesellschaftlichen Engagement festzustellen: keine bedingungslose Hingabe an die Aufgabe unter Verzicht auf die Befriedigung eigener Bedürfnisse mehr, sondern eher sporadisches, situatives Engagement – eine Folge des Wertewandels. Kurz und knapp kann man sagen: Es gibt nicht mehr nur altruistische, sondern vielmehr entwicklungsbezogene Motive: personales Wachstum und Selbstverwirklichung, auch Bewältigung von Lebenskrisen.

Engagementhemmnisse gibt es im Osten zuhauf; das wichtigste Hemmnis: Die Gewohnheiten und Erwartungen westlichen Haltungen gegenüber sind eher abwertend. Eigeninitiative wurde in der Vergangenheit weder benötigt noch gefördert. Im Rückblick auf die Situation bürgerschaftlichen Engagements zu DDR-Zeiten gibt es heute sowohl die Einschätzung, dass früher festere Strukturen für Engagement bestanden hätten und dieses im Gesellschaftssystem besser integriert und besser verankert war als heute; als auch jene Wahrnehmung, dass Strukturen, die mit der Wiedervereinigung zum großen Teil ersatzlos gestrichen wurden, jetzt ansatzweise wieder aufgebaut werden. Dies löst eine Mischung aus Unverständnis, Ärger und Schadenfreude gegenüber den „westlichen Eroberern“ aus.

Zivilgesellschaft ist kein Zaubertrank für die Demokratie. So elementar sie ist – notwendig ist auch eine kluge Selbstbeschränkung. Nicht alles lässt sich mit bürgerschaftlichem Engagement lösen. Weil in der Diskussion um Bürgergesellschaft viel Wunschdenken mitschwingt – Hoffnungen auf Kompensation von Mängeln, Entlastung staatlicher Institutionen – sollte man die Erwartungshaltung zurückschrauben. Natürlich hat Zivilgesellschaft immer noch einen Projektcharakter und transportiert utopische Gehalte einer besseren Welt und uneingelöste Versprechen mit sich. Sie wird dann positiv sein, wenn man in den Kategorien einer „sozialen Investition“ denkt und nicht in jenen eines Reparaturbetriebs. Die Akteure der Zivilgesellschaft dürfen keine Agenten der Staatsentlastung sein, nicht Lückenbüßer für fehlende Leistungen in der Kommune zum Beispiel.

Man könnte ja auch fragen, ob nicht lieber die Institutionen gestärkt werden sollten als die Produktion öffentlicher Güter einem so fragilen Gebilde wie der Bürgergesellschaft zu überlassen. Und man könnte fragen, ob Zivilgesellschaft die soziale Ungleichheit reproduziert, ja noch verstärkt. Tatsächlich hat bürgergesellschaftliches Engagement in der Bundesrepublik eine erhebliche Mittelschichten-Schieflage – und keine Engagementförderpolitik hat es bislang geschafft, diesen Trend umzukehren. Wie sogenannte „bildungsferne Schichten“ wieder an die Demokratie herangeführt werden können, ist bis heute eine bange Frage ohne Antwort.

1989 – was bleibt? Fehldeutungen, Verkennungen? Zivilgesellschaft ist zum Puddingbegriff geworden. Das Missverständnis liegt häufig darin, dass unterschiedliche Dinge damit verbunden wurden und werden. Ein wesentliches Missverständnis ist, in zeitgeschichtlicher Perspektive, folgendes: Die Überlegungen in Osteuropa gingen immer davon aus, eine auf den jeweiligen Nationalstaat begrenzte Zivilgesellschaft zu entwickeln, die sich von einem international auftretenden Kommunismus abgrenzt. Blickt man aber vom Westen aus auf diese Vorstellung, so sieht man, dass genau diese Überlegung auf eine Denkrichtung traf, die Zivilgesellschaft mehr und mehr global dachte, sie als ein universalistisches Projekt sah und sie aus den nationalen Beschränkungen herauslösen wollte. Dabei ging es um die Überwindung eines Ethno- und Eurozentrismus, um die Ansprüche der Unterdrückten, Ausgebeuteten und Habenichtse im globalen Maßstab.<sup>21</sup> Man kann es so zusammenfassen: Hier das Wunschbild eines „Dritten Weges“, dort das Wunschbild eines „Multikulturalismus“.

Auch Folgendes gilt es abschließend zu beachten: Die Forschung unterscheidet zwischen einem sozialen Kapital, das soziale Grenzen überwindet, und einem, das im eigenen Milieu oder sogar im eigenen Clan (wie bei der Mafia) verhaften bleibt. In der Tat ist Sozialkapital für Mafiastrukturen eine wichtige Ressource. Es gibt also auch eine „andere Bürgergesellschaft“, die uns Schrecken einjagt, in Form gewalttätiger Banden und fundamentalistischer Sekten. Dies verweist auf die Schattenseiten der Bürgergesellschaft. Rechte und rechtsradikale Gruppierungen nutzen – gerade im Osten – bürgergesellschaftliche Elemente für sich und etablieren Netzwerke. Diesem Phänomen kann nur auf der normativen Ebe-

21 Claus Leggewie, Liberale Bürgergesellschaft und Multikulturalismus. Schwierigkeiten der Vielvölkerrepublik, in: Hella Mandt (Hrsg.), Die Zukunft der Bürgergesellschaft in Europa, Baden-Baden 1994, S. 71-88.

ne begegnet werden, indem man jenen Gruppen den bürgerschaftlichen Charakter abspricht, weil sie die Normen des zivilen Umgangs nicht einhalten.

Die Zivilgesellschaft – ein Erbe von 1989? Ein Hoffnungsträger für heute? Ein Zaubermittel? Ich wollte zeigen, dass Vorsicht geboten ist, auch angesichts eines solchen „Sympathiebegriffes“: Das, was damit beschrieben werden soll, gab es schon lange, in verschiedenen Formen, im Westen und partiell im Osten. Die historischen Wurzeln laufen bis in die europäische Aufklärung und die amerikanische Revolution hinein. Zivilgesellschaftliches Engagement kann dann erfolgreich sein, wenn die Handelnden um die Grenzen der Leistungspotentiale wissen. Zivilgesellschaft bietet nicht Lösungen für alle möglichen gesellschaftlichen Probleme. Die unterschiedlichen Logiken von Staat, Markt und Zivilgesellschaft sollten sinnvoll miteinander verbunden werden. Wunsch und Wirklichkeit müssen in Einklang gebracht werden – dies und nichts anderes ist ein Erbe, eine Lehre von 1989. Sonst ist es wieder so: Überzogene Erwartungen produzieren tiefe Desillusionierung. Die Enttäuschungsspirale wäre ein weiteres Mal in Gang gesetzt.